

PARTEICHEFS ZUR BÜRGERSCHAFTSWAHL (4): KATJA KIPPING (DIE LINKE)

„Das System ist einfach falsch“

Bremen-Wahl



Am 10. Mai ist in Bremen Bürgerschaftswahl. Der WESEKURIER hat Berliner Spitzenpolitiker eingeladen, sich den Fragen der Redaktion zu stellen. Dabei geht es weniger um die große Bundespolitik, als vielmehr um die Probleme und Perspektiven der Bundesländer, insbesondere natürlich Bremen. In einer losen Serie sprechen wir binnen zwei Wochen mit CDU-Parteichefin und Bundeskanzlerin Angela Merkel, SPD-Boss und Vizekanzler Sigmar Gabriel, Grünen-Chefin Simone Peter, Linken-Vorsitzende Katja Kipping, AfD-Bundesparteisprecherin Frauke Petry sowie FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner.

VON NORBERT HOLST

Die Bremer Linken ziehen mit dem Slogan „Sozial, das muss drin sein!“ in den Wahlkampf. Macht ausgerechnet Rot-Grün eine unsoziale Politik?

Katja Kipping: Unter Rot-Grün hat sich die soziale Spaltung in Bremen verschärft: Das Land hat nicht umsonst die höchste Armutsquote und die zweithöchste Millionärsdichte pro Einwohner. Wir Linke wollen positive soziale Schlaglichter setzen, zum Beispiel mit unserem Einsatz für das Sozialticket bei Bussen und Bahnen.

Im Land Bremen gibt es immer noch eine weit überdurchschnittliche Arbeitslosenquote und – wie in ganz Deutschland – einen erschreckend hohen Sockel an Langzeitarbeitslosen. Was läuft da schief, dass

„Arme Länder wie Bremen brauchen mehr Spielräume, um wieder aktiver zu werden.“

diese Gruppe von der Konjunktur kaum profitiert?

Wenn wir über die Konjunkturentwicklung reden, sollte man bedenken, dass ja nicht gute neue Arbeitsplätze entstanden sind, sondern vor allem prekäre und unsichere Jobs. Es gibt das Phänomen des Drehtüreffekts: Viele, die vermittelt werden, landen nach ein paar Monaten wieder im Leistungsbezug. Das System ist einfach falsch, weil es auf schnelle Vermittlung und Sanktionen setzt. Es geht eben nicht um die nachhaltige Vermittlung von Arbeitsplätzen. Wir Linke meinen: Hartz IV muss generell ersetzt werden durch einen sozialen Arbeitsmarkt und eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Auch in Bremen sind innerhalb dieses Systems Fehler gemacht worden. So mussten die Jobcenter mehrere Millionen Euro ungenutzt zurückgeben.

Die Linke bekämpft ja vehement das Hartz-IV-System. Was ist aber schlecht am Motto „Fördern und fordern“?

In der Praxis bleibt am Ende nur das Fordern. Wir meinen, beim Existenzminimum handelt es sich nicht um ein Almosen, das man sich verdienen muss. Es gibt unserer Meinung nach ein Grundrecht auf ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe. Und dieses Grundrecht kann man nicht einfach kürzen. Deswegen lehnen wir Sanktionen prinzipiell ab. Außerdem ist das Existenzminimum viel zu gering angesetzt. Was viele Menschen nicht wissen: Der Hartz-IV-Regelsatz ist mit Tricks kleingerechnet worden, selbst die Haltung eines Haustieres oder ein Weihnachtsbaum ist darin nicht vorgesehen.

Generell zu Arbeitsplätzen: Eine langfristige Prognose sieht auf die Bremer Region Arbeitsplatzverluste von bis zu fünf Prozent zukommen. Wie beurteilen sie die wirtschaftlichen Chancen des Nordens?

Die beste Möglichkeit, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, ist es, die vorhandenen gerechter zu verteilen. Es ist doch absurd: Wer einen Arbeitsplatz hat, leidet oft unter Burnout und muss Überstunden schrubben. Gleichzeitig sind viele Langzeitarbeitslose gestresst, weil sie sich beständig erfolg-

los bewerben müssen. Was Bremen und die Region angeht: Der Hafen ist ja ein größerer Arbeitgeber. Doch leider machen sich die Häfen im Norden untereinander Konkurrenz. Deshalb fordern wir ein Gesamtkonzept für die norddeutschen Häfen.

Aber die Häfen allein können die Probleme auf dem Arbeitsmarkt ja auch nicht entschärfen...

...nein, die ärmeren Länder brauchen auch mehr Spielräume, um wieder aktiver zu werden. Man darf sich nichts vormachen: Struk-

turschwache Regionen können ihre Probleme nicht allein lösen. Wir haben in der Bundesrepublik Länder wie Bayern, Baden-Württemberg oder Hessen, die pro Einwohner ungefähr das Dreifache an Steuern einnehmen wie andere Länder. Deshalb brauchen wir einen solidarischen Länderfinanzausgleich. Und definitiv muss auch die Schuldenbremse wieder raus aus der Verfassung. Und für Bremen muss es eine faire Lösung der Altschulden-Problematik geben. Erst wenn die Landesregierung wieder einen größeren finanziellen Spielraum hat,



FOTO: IMAGO/MIKE SCHMIDT

wäre sie zum Beispiel in der Lage, einen sozialen Arbeitsmarkt zu fördern.

Kommen wir auf ein aktuelles Problem zu sprechen, das viele Kommunen umtreibt – so auch Bremen und Bremerhaven: Es kommen immer mehr Flüchtlinge und Asylbewerber nach Deutschland. Ist das Problem überhaupt noch in den Griff zu bekommen?

Es gibt ja Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen. Deswegen sagt die Linke, dass die zentrale Aufgabe von internationaler Politik darin besteht, die Fluchtursachen zu bekämpfen – und nicht Ressentiments gegen Flüchtlinge zu schüren. Es gibt vor allem zwei Möglichkeiten, um die Fluchtursachen zu minimieren: Zum einen ein völliger Exportstopp für Rüstungsgüter und Munition. Übrigens auch über die Bremer Häfen werden durchschnittlich pro Tag 40 Tonnen an Munition verschifft. Zudem müsste man auch deutschen Konzernen und Banken verbieten, sich am Landgrabbing zu beteiligen. Landgrabbing meint, dass vor allem in armen Ländern Afrikas vielen Familien ihr Land weggenommen wird, weil ein Diktator es an einen Konzern verkauft hat. Damit wird diesen Familien ihre Lebensgrundlage genommen.

Gut, Sie wollen die Ursachen bekämpfen. Was aber passiert mit jenen Menschen, die schon hier in Deutschland sind?

Ich finde, es ist eine Verpflichtung der Menschlichkeit und der Nächstenliebe, diese Menschen hier willkommen zu heißen. Wir setzen auf Initiativen, die aus der Zivilgesellschaft kommen. Viele Mitglieder meiner Partei beteiligen sich daran, Begegnungen mit Flüchtlingen zu organisieren. Ich sag es mal so: Sei es ein Fußballspiel, oder sei es ein Sprachkurs – solche Begegnungen tragen dazu bei, dass aus abstrakten Fremden auf einmal Menschen mit konkreten Gesichtern und Lebensgeschichten werden.

Sollte der Bund die Kosten für Flüchtlinge und Asylbewerber übernehmen?

Da die Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen viel Geld kostet, kann es nicht sein, dass der Bund die Länder und Kommunen darauf sitzen lässt. Wir brauchen eine bundesweite Kraftanstrengung, um das zu finanzieren.

Nun gibt es auch Ausländer der weniger netten Sorte. Bremen gilt als Hochburg der Salafiten. Mit dieser Gruppe hing auch der Terroralarm Anfang März in Bremen zusammen. Nun will die Bundesregierung bei Verfassungsschutz und Polizei aufrüsten, sie denkt auch an den Aufbau einer speziellen Anti-Terror-Einheit. Ist diese Reaktion angemessen?

Man muss natürlich immer aufpassen, dass das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird und am Ende Demokratie und Rechtsstaat auf der Strecke bleiben. Ich würde ein ganz großes Fragezeichen hinter die Frage setzen, ob ein Mehr an verschärfter Sicherheitspolitik weiterhilft. Wir wissen inzwischen, leider auch durch Fälle in Bremen, dass junge Menschen sich der Terrorgruppe Islamischer Staat angeschlossen haben. Auch Gefängnisse hier in Deutschland sind zu einem Rekrutierungsfeld für Terror-Organisationen geworden. Eine verschärfte Sicherheitspolitik scheint solchen Rekrutierungen eher in die Hände zu spielen. Insofern ist die Strategie der Bundesregierung weder klug noch nachhaltig.

Die Linke hat bei einigen Wahlen in den alten Bundesländern Schlappen erlitten, zuletzt in Hamburg aber den Sprung in die Bürgerschaft geschafft. Wie wichtig ist die Wahl im kleinen Bremen?

Da kann ich nur sagen: klein, aber oho. Das gilt auch für unsere Fraktion in der Bürgerschaft. Sie hat wichtige Aufklärungsarbeit über soziale Missstände in Bremen geleistet und war Motor für Ideen wie das Sozialticket. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir gestärkt aus der Bürgerschaftswahl hervorgehen.

Es gibt Politikexperten in Bremen, die sehen die Linke schon bei zehn Prozent...

...ich hätte mich fast gewundert, falls die Frage nach der Prognose nicht mehr gekommen wäre. Ich tue mich aber schwer mit konkreten Vorhersagen. Warten wir es ab. Nur so viel: Auf jeden Fall planen wir eine Wahlparty für den Abend.

Die Bremer Linke fordert in einem Wahlflyer „Hanf wie Hopfen behandeln“. Ist das nicht ein wenig arg keck?

(Kipping lacht) Nein, ich würde sagen, das ist doch eine sehr vernünftige Warnung vor den Versuchungen des Alkohols. Das heißt natürlich nicht, dass wir nun Bier verbieten wollen. Vielmehr ist gemeint: Hopfen wie Hanf können gleichermaßen Rauschgenuss und gefährliche Suchtgefahr bieten und man begegnet dem Problem nicht durch Kriminalisierung, sondern durch ordentliche Aufklärung.

Zur Person: Katja Kipping ist seit 2012 gemeinsam mit Bernd Riexinger Bundesvorsitzende der Partei Die Linke. Seit mehr als neun Jahren gehört sie dem Bundestag an. Die 37-Jährige lebt in Dresden.

KZ-Überlebende kehren zurück

Gedenkfeiern in Brandenburg

VON MARION VAN DER KRAATS

Fürstenberg-Oranienburg. Sie sind aus vielen Ländern angereist, um an den Ort zurückzukehren, an dem sie unvorstellbares Leid erlitten haben. „Es ist wahrscheinlich das letzte Mal, dass ich hierherkomme“, sagt Herta Iris Avri aus Israel. Als das Konzentrationslager Ravensbrück vor 70 Jahren befreit wurde, gehörte sie zu den jüngsten Häftlingen. „Heute bin ich eine der Ältesten“, stellt die 85-Jährige fest und lässt ihren Blick über das Areal des einst größten Frauenlagers der Nazis auf deutschem Gebiet schweifen. Rund 1500 Gäste aus aller Welt sind am Sonntag ins brandenburgische Fürstenberg gekommen, um der Opfer zu gedenken. Besonders stark vertreten sind Polen und Franzosen, viele im jugendlichen Alter.

Die Präsidentin des Internationalen Ravensbrück-Komitees, Annette Chalut, sieht gerade die junge Generation in der Pflicht: „Es obliegt den kommenden Generationen, diese Erinnerung zu bewahren“, sagt sie – und fordert Wachsamkeit: „Das Böse lauert überall. Wir müssen es rechtzeitig erkennen.“ Voller Sorge beobachten die Überlebenden des Nazi-Terrors eine neue Welle von Rassismus und Antisemitismus. Roger Bodge, Präsident des Internationalen Sachsenhausen-Komitees, betont bei der Gedenkveranstaltung um etwa 50 Kilometer entfernten früheren KZ Sachsenhausen: „Aus diesem Grund werden wir, die Überlebenden, niemals nachlassen, den jungen Generationen Europas über die Geschichte dieser Orte Zeugnis abzulegen.“

Häftlinge aus mehr als 40 Ländern

Die Niederländerin Selma van de Perre wird nicht müde, den jungen Generationen von ihrem Schicksal zu berichten. Die 92-Jährige lebt heute in London. Regelmäßig kehrt sie nach Deutschland zurück, um von ihrem Schicksal zu berichten. „In fünf Tagen bin ich wieder hier für einen Workshops mit Studenten“, sagt sie.

Aus mehr als 40 Ländern stammten die etwa 132000 Frauen und Kinder, 20000 Männer und 1000 weiblichen Jugendlichen, die in Ravensbrück gefangen waren. Mehr als 25000 Frauen und 2500 Männer starben nach Angaben der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Im KZ Sachsenhausen waren rund 204000 Menschen interniert, mehrere 10000 starben.

Den Überlebenden ist anzusehen, wie schwer die Rückkehr fällt. Mit roten Nelken oder Rosen, Gebeten und Gesängen denken sie ihrer toten Mithäftlinge. Weil sie überlebt haben, sehen sie es als ihre Pflicht an, über die Nazi-Gräueltaten zu berichten. Bis heute.

Sie sind einen langen Weg gegangen, um in ein normales Leben zu finden – viele sind bis heute nicht angekommen. Unter dem Titel „Ravensbrück 1945: Der lange Weg zurück ins Leben“ berichtet die Gedenkstätte davon. 21 Biografien dokumentieren die Erlebnisse der Frauen auf dem Heimweg. Das beginnt bei der schwierigen Suche nach Nahrung und Unterkunft, geht über sexuelle Belästigungen und Vergewaltigungen bis hin zur ernüchternden Heimkehr. So stellte die Berliner Sängerin Eva Busch nach ihrer Rückkehr fest: „Seit kurzer Zeit war ich unter normalen Menschen. Ich gehörte nicht mehr zu ihnen.“

Auch Herta Iris Avri lässt die Erinnerung nicht los: „Ich träume immer noch von den Dingen – und dann schreie ich.“ Trotzdem ist sie erneut nach Ravensbrück gekommen. „Ich will mich verabschieden“, sagt die im Rollstuhl sitzende Frau leise.

Verschleppte Frau wieder frei

Stuttgart. Eine im vergangenen Herbst nach Syrien verschleppte Frau aus Tübingen ist wieder frei. Das bestätigte die Familie der 22-Jährigen den „Stuttgarter Nachrichten“ und dem Schweizer Radio und Fernsehen (SRF). Dem Recherchebund zufolge befinden sich die Deutsche und ihr im März geborenes Baby in der Türkei. Sie würden von Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes (AA) betreut. Das konnte eine AA-Sprecherin am Sonntag nicht bestätigen.

Der Ehemann der Frau, ein mutmaßlicher Al-Kaida-Kämpfer, soll seine zum Islam konvertierte Frau seit vergangener Oktober in Syrien festgehalten haben. Am Sonntagabend nun soll der Mann seine Frau und die gemeinsame Tochter überraschend im türkisch-syrischen Grenzgebiet nahe der türkischen Stadt Reyhanli freigelassen haben, berichtete der Rechercheverband am Sonntag. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart, die seit geraumer Zeit gegen den Mann ermittelt, konnte zu der Freilassung nichts sagen.

Der Mann stammt nach Angaben der Schweizer Bundesanwaltschaft aus dem Kanton Thurgau. Laut Rechercheverband ist er 21 Jahre alt, hat türkische Wurzeln und war im Herbst 2014 nach Syrien aufgebrochen, um sich dort der Al-Nusra-Front anzuschließen, dem syrischen Ableger des Terrornetz Al-Kaida. Die damals Schwangere soll ihrem Ehemann demnach zunächst freiwillig zu einem vermeintlichen Urlaub in die Türkei gefolgt sein. Stattdessen sei das Paar aber in den Norden der umkämpften syrischen Stadt Aleppo gereist.